# NEWSLETTER FEBRUAR 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

das Jahr 2017 wird eines mit entscheidenden politischen Weichenstellungen: Auch wenn derzeit Themen wie innere Sicherheit u. ä. im Focus der Öffentlichkeit zu stehen scheinen, entscheidenden drei Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig Holstein, im größten Bundesland NRW und dann natürlich die Bundestagswahl über den weiteren Weg unseres Landes und damit auch ein Stück weit Europas und der Welt in der Klima-, Umwelt-, Verkehrs- und Agrarpolitik.

Wir wollen denen in Gesellschaft und Wirtschaft zum Durchbruch verhelfen, die Energie nachhaltig und erneuerbar erzeugen, ihre Produktion an Klimaschutzzielen ausrichten, Mobilität emissionsfrei machen und Nahrungsmittel ohne Gifte und Tierquälerei produzieren. Kurzum, wir wollen eine Grüne Wirtschaft, die nicht weiter unsere Lebensgrundlagen zerstört und die enormen wirtschaftlichen Chancen nutzen, die sich daraus ergeben. Wir wissen: viele in der Wirtschaft sind längst weiter als die Große Koalition, der Klimaschutz und Erneuerbare Energien egal sind, die den Kohleausstieg nicht angeht, den Diesel unter Naturschutz stellt, Elektromobilität verschläft und die Massentierhaltung und Pestizide immer noch für zukunftsfähig hält. Die Transformation hin zu einer Grünen Wirtschaft ist unsere Antwort auf die verquere Öl- und Kohleideologie der Rechtspopulisten von Trump über Le Pen bis Petry, aber auch vieler Christ- und Sozialdemokraten in unserem Land.

Sigmar Gabriel hat durch seinen Rücktritt als Wirtschaftsminister und Flucht ins Außenamt sein klägliches Scheitern bei der Energiewende und der ökologischen Transformation der Wirtschaft selbst dokumentiert. Diese Personalrochade wenige Monate vor der Bundestagswahl kann man nur als entnervte Aufgabe der Energie- und Wirtschaftspolitik durch die SPD verstehen. Darüber kann auch der aktuelle Hype um Martin Schulz nicht hinwegtäuschen. Bei der Union sieht es nicht viel besser aus: Von der Klimakanzlerin ist nichts mehr zu hören und Verkehrsminister Dobrindt und Landwirtschaftsminister Schmidt stehen für eine Politik, die das exakte Gegenteil von Klimaschutz und Grüner Wirtschaft ist.

Ohne Grüne in der nächsten Bundesregierung drohen weitere verlorene Jahre. Deshalb kämpfen Grüne mit Katrin Göring-Eckhardt und Cem Özdemir an der Spitze und Minister*innen in elf Bundesländern für Klima, Umwelt und Grüne Wirtschaft

Doch lesen Sie/ihr am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr/euer
Oliver Krischer

*Energie/Umwelt/Klima*

1. **Grüne Neujahrsklausur – Beschluss Kohleausstiegsfahrplan**
2. **Umweltbundesamt: Umweltschädliche Subventionen auf Rekordhoch**
3. **Der Grüne Jahreswohlstandsbericht**
4. **Bundesregierung verharmlost Gefahren durch belg. AKWs**
5. **Studie: Belgische Stromversorgung auch ohne AKW-Pannenreaktoren gesichert**
6. **Studie: Teures Gas bei günstigen Importen**
7. **Bundestagsrede zu Stromnetzentgelten**

*Agrar/ Ernährung/Verbraucher*

8. **Grüner Antrag ‚Gutes Essen braucht eine gute Landwirtschaft'**
9. **Nitratbericht: Gewässerbelastung mit Nitraten unverändert hoch**
10. **Grüner Antrag Textilproduktion: Fair kleidet gut**
11. **Bienenstudie: Weniger Pestizide im Honig bei Stadtbienen als bei Landbienen**
12. **Veranstaltungsbericht Wir-Haben-Es-Satt-Demo in Berlin**

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

13. **Aktuelles aus dem Untersuchungsausschuss Abgasskandal**
14. **Unsinns-Projekt PKW-Maut zum zweiten Mal beschlossen**
15. **Der Grüne MobilPass Deutschland: Mobilität vereinfachen**
16. **DB braucht einen neuen Chef und ein neues Konzept**
17. **Bäcker aus Hilden gründet Selbsthilfegruppe für Elektromobilität**

*Energie/Umwelt/Klima*

1. **Grüne Neujahrsklausur – Beschluss Kohleausstiegsfahrplan**

Die Grüne Bundestagsfraktion hat bei ihrer Neujahrsklausur in Weimar einen 10-Punkte umfassenden „Fahrplan Kohleausstieg" beschlossen. Damit wollen wir die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein Ende der Kohleverstromung innerhalb der nächsten 20 Jahre schaffen. Denn die nationalen Klimaschutzziele sowie die Verpflichtung aus dem Pariser Klimaabkommen sind nur zu erreichen, wenn wir jetzt den schrittweisen und planvollen Ausstieg aus der Kohleverstromung einleiten. Der Kohleausstiegsfahrplan findet sich HIER.

2. **Umweltbundesamt: Umweltschädliche Subventionen auf Rekordhoch**

Das Umweltbundesamt hat berechnet, dass umweltschädliches Verhalten wie Kohleverstromung oder Massentierhaltung jedes Jahr mit 57 Milliarden Euro aus öffentlichen Geldern subventioniert wird. Schmutzige Technologien und Wirtschaftsformen werden so im Markt gehalten und wirksame Anreize für sinnvollen Klimaschutz, eine effiziente Nutzung von Energie oder nachhaltige Landwirtschaft werden ausgebremst. Weitere Infos und wie wir die Streichung der umweltschädlichen Subventionen angehen wollen finden sich HIER.

3. **Der Grüne Jahreswohlstandsbericht**

Vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung ihren Jahreswirtschaftsbericht vorgestellt. Wie seit Jahrzehnten fokussiert der Bericht jedoch ausschließlich auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung. Wir finden: Diese Zahlen zeigen nur die halbe Wahrheit über unseren Wohlstand. Denn es ist nicht nur das Wachstum der Gesamtproduktion, das eine erfolgreiche Wirtschaft auszeichnet. Sie muss die Lebensqualität aller Bürgerinnen auch wirklich verbessern und darf ihre eigenen Grundlagen

nicht zerstören, weder die sozialen noch die ökologischen. Wirtschaftswachstum auf Kosten von Mensch, Natur und Umwelt schafft keinen echten Wohlstand. Dazu haben wir den Grünen Jahreswohlstandsbericht vorgestellt, welcher HIER zu finden ist.

**4. Bundesregierung verharmlost Gefahren durch belg. AKWs**

In der Antwort auf eine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion redet die Bundesregierung die Gefahren des belgischen Schrottreaktors Tihange in unverantwortlicher Weise klein. Damit fällt sie der Stadtregion Aachen, die zusammen mit den Ländern NRW und Rheinland-Pfalz und über sechzig Kommunen und Landkreisen gegen den Betrieb von Tihange klagt, in den Rücken. Die Antwort zeigt wieder einmal, dass die Bundesregierung nicht willens ist, etwas Ernsthaftes gegen den Weiterbetrieb der Schrottreaktoren zu unternehmen. Weitere Infos finden sich HIER.

**5. Studie: Belgische Stromversorgung auch ohne AKW-Pannenreaktoren gesichert**

Eine aktuelle Studie von BET Aachen im Auftrag des NRW-Umweltministeriums zeigt, dass ein stufenweiser Ausstieg Belgiens aus der Atomenergie ohne Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit möglich ist. Die AKW-Pannenreaktoren Tihange 2 und Doel 3 können vorzeitig in Verbindung mit einer zügigen Umsetzung der in Planung befindlichen Stromleitungen zwischen Deutschland und Belgien stillgelegt werden. Weitere Infos und die Studie finden sich HIER.

**6. Studie: Teures Gas bei günstigen Importen**

EnergyComment hat im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion eine Studie zu den aktuellen Gaspreisen erstellt und ist der Frage nachgegangen, inwiefern Verbraucher von den sinkenden Importpreisen profitieren. Ergebnis: Die internationalen Gaspreise fielen auch im Jahr 2016. Seit 2012 sind die Beschaffungskosten der deutschen Gasimporteure und Gashändler sogar um knapp 50% gefallen. Doch die Versorger geben die Preissenkungen bei den Beschaffungskosten noch immer nicht 1:1 an die Kunden weiter. Die Studie findet sich HIER.

7. **Bundestagsrede zu Stromnetzentgelten**

Bei Stromnetzentgelten gibt es großen Reformbedarf. Denn dieser mit knapp 7 Cent/kWh größte Bestandteil der Stromrechnung wird nicht verursachergerecht erhoben. Viele Industriebetriebe zahlen kaum Netzentgelte, bei anderen wiederum wird netznützliches Verbrauchsverhalten bestraft und Privat- und Kleinverbraucher zahlen immer nur pro verbrauchter kWh – egal wie belastet das Netz ist. Doch die Bundesregierung will nur die vermiedenen Netznutzungsentgelte abschaffen, was vor allem der klimafreundlichen, dezentralen KWK schadet, traut sich aber nicht an die notwendige Reform der Netzentgelte. Meine komplette Rede findet sich HIER.

*Agrar/ Ernährung/Verbraucher*

**8. Grüner Antrag ‚Gutes Essen braucht eine gute Landwirtschaft'**

Statt sich um die dringenden Probleme der Landwirtschaft zu kümmern, macht Landwirtschaftsminister Schmidt sich mit absurden Vorschlägen wie dem Verbot veganer Currywurst oder der Einführung eines Schweinfleischtags in Schulmensen lächerlich. Deshalb fordern wir die Bundesregierung in unserem Antrag ‚Landwirtschaft braucht Zukunft' auf, die Landwirtschaft und Ernährungspolitik endlich zukunftsfähig zu machen. Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft brauchen wir eine Umschichtung der Agrargelder genauso wie den Umbau der Tierhaltung, Rückenwind für den Ökolandbau, eine Pestizidminimierungsstrategie und Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher.

**9. Nitratbericht: Gewässerbelastung mit Nitraten unverändert hoch**

Vor kurzem hat die Bundesregierung den Nitratbericht 2016 vorgestellt. Das Fazit ist erschütternd: Ein großer Teil der Gewässer sind massiv mit dem giftigen Nitrat belastet, an etlichen Stellen werden die Grenzwerte überschritten. Hauptursache sind die zu hohen Stickstoffausbringungen aus der Landwirt-

schaft. Das Trinkwasser in Deutschland ist durch zu hohe Nitratbelastungen des Grundwassers zunehmend gefährdet. Weil die Bundesregierung nichts dagegen unternimmt, ist sie inzwischen von der EU-Kommission verklagt worden. Alle weiteren Infos finden sich HIER.

**10. Grüner Antrag Textilproduktion: Fair kleidet gut**

Auch vier Jahre nach dem schweren Unglück in der Textilfabrik in Bangladesch ist faire Kleidung immer noch ein Nischenprodukt. Das wollen wir Grüne ändern. Unser Ziel ist es, im Textilsektor genau wie im Lebensmittelrecht eine lückenlose Rückverfolgbarkeit einzuführen. Es muss überprüfbar werden, wie Textilien produziert wurden, damit wir Verbraucher gut informierte Kaufentscheidungen treffen und uns bewusst für Kleidung entscheiden können, die fair, sicher und gesund ist. Weitere Infos und unseren Antrag gibt es HIER.

**11. Bienenstudie: Weniger Pestizide im Honig bei Stadtbienen als bei Landbienen**

Eine Literaturstudie im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion offenbart: Honigbienen in der Stadt finden leichter und länger Nahrung als ihre Verwandten auf dem Land. Diese Situation ist maßgeblich dem überbordenden Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft geschuldet. Deshalb fordern wir Grüne: Deutlich weniger Pestizide in der konventionellen Landwirtschaft und ein Ausbau des Ökolandbaus.

**12. Veranstaltungsbericht Wir-Haben-Es-Satt-Demo in Berlin**

Fast 20.000 Menschen demonstrierten am Wochenende der Grünen Woche auf der ‚Wir-Haben-Es-Satt'-Demo gegen Massentierhaltung und die Agroindustrie und für eine Agrarwende hin zu bäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft und Tierhaltung. Auch die anschließende Konferenz der Grünen Bundestagsfraktion war mit mehreren hundert Teilenehmer*innen hervorragend besucht. Weitere Infos finden sich HIER.

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

**13. Aktuelles aus dem Untersuchungsausschuss Abgasskandal**

In der ersten Sitzung im Januar war Ex-VW-Chef Winterkorn einer der Zeugen. Winterkorn - der bisher das Bild eines technikverliebten Vorstands verkörperte - versuchte dem Ausschuss und der Öffentlichkeit klar zu machen, dass er von der Motorsteuerung nichts mitbekommen haben will. Das ist absolut unglaubwürdig. Die Vernehmung anderer Hersteller wie Opel, Audi oder Mercedes bestätigte, dass alle irgendeine Form von Abschalteinrichtungen verbauen, um Kosten für die aufwendige Abgasreinigung in Dieselfahrzeugen zu sparen. Manche schalten per Software im Straßenbetrieb ab wie VW, andere einfach nach einer gewissen Betriebszeit des Pkw, wieder andere lassen die Abgasreinigung nur oberhalb von bestimmten Temperaturen (Opel zum Beispiel ab 17°C, Daimler ab 7°C) anspringen. Außer im Fall von VW hält die Bundesregierung das alles für legal und legitimiert damit das Tricksen und Schummeln. Mehr zum Thema findet sich HIER.

**14. Unsinns-Projekt PKW-Maut zum zweiten Mal beschlossen**

Bereits zum zweiten Mal musste das Bundeskabinett die hochbürokratische, unsinnige und ausländerfeindliche PKW-Maut von Verkehrsminister Dobrindt beschließen. Der Grund war der offensichtliche Verstoß gegen EU-Recht. Doch auch jetzt gibt es weiterhin erhebliche Zweifel an der Zulässigkeit der Maut. Dabei zeigen Studien der Grünen Bundestagsfraktion, aber auch des ADAC, dass die Kosten der Mauterhebung am Ende höher sind als die Mehreinnahmen. Wir fordern die Bundestagsfraktionen von Union und SPD auf, bei der in Kürze erforderlichen Entscheidung im Bundestag gegen den Maut-Unsinn der CSU zu stimmen. Statt einer blödsinnigen PKW-Maut, die nichts bringt und keine Lenkungswirkung hat, brauchen wir eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Straßen und für alle LKW, denn die LKW sind zu über 90% für die Straßenschäden verantwortlich.

**15. Der Grüne MobilPass Deutschland: Mobilität vereinfachen**

Das undurchschaubare Tarifdickicht und die Unmöglichkeit, in Deutschland verkehrsträgerübergreifend Tickets zu buchen, ist einer der Gründe, warum nicht mehr Menschen die Angebote des öffentlichen Verkehrs nutzen. Andere Länder, wie die Schweiz, haben uns da ganz erheblich etwas voraus. Wir Grüne wollen das ändern und haben deshalb ein Konzept für den MobilPass Deutschland erarbeitet. Eine einfache, durchgängige Buchung und Bezahlung gesamter Reiseketten - von Bahnen über Busse bis zum Bike- oder Carsharing. Unser Konzept findet sich HIER.

**16. DB braucht einen neuen Chef und ein neues Konzept**

Bahnchef Grube hat hingeworfen, weil er im Aufsichtsrat des bundeseigenen Konzerns keinen Rückhalt hatte. Jetzt muss die Bundesregierung einen neuen Chef suchen. Gut wäre, wenn es nicht wieder ein Versorgungsfall wie der CDU-Ex-Kanzleramtsminister Pofalla sondern endlich mal ein Bahnfachmann oder –frau würde. Der Rücktritt von Grube hat aber auch die fehlende Strategie der Bundesregierung im Hinblick auf die DB deutlich gemacht: Es ist nicht klar - soll die DB vor allem guten und günstigen öffentlichen Verkehr in Deutschland anbieten, oder weiter der weltweit tätige Logistikmulti sein, für den der Schienenverkehr in Deutschland ein Randthema ist? Wir Grüne wollen eine Bahn, die sich auf ihre Aufgaben hierzulande konzentriert. Es ist nicht Aufgabe eines deutschen Staatskonzerns, Bahnen in der Mongolei und Busverkehr auf Malta zu betreiben oder Pakete in Namibia zuzustellen. Mehr zum Thema HIER.

**17. Bäcker aus Hilden gründet Selbsthilfegruppe für Elektromobilität**

Weil die Autoindustrie keine Elektronutzfahrzeuge für seinen Betrieb liefern kann, hat ein Bäcker aus Hilden eine Selbsthilfegruppe gegründet, um mit möglichst vielen Gleichgesinnten den Bau eines Elektrofahrzeuges auszuschreiben. Angesichts von drohenden und im Ausland schon realen Fahrverboten in Innenstädten, ist es ein Armutszeugnis für die Autobranche, dass Handwerker zur Selbsthilfe greifen müssen, um emissionsfreie Fahrzeuge zu bekommen. Alle Leidensgenossen und Interessierten finden hier weitere Infos.

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der Website von Oliver Krischer dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.